

Bürgerschaft (Citizenship) und Zivile Moderne

Volker von Prittwitz

1. Gebundene Koordination (Bound Governance)

Dominiert der größte Landbesitzer auch, welche Regeln gelten und wie sie ausgelegt werden, so besteht eine eindimensionale Machtstruktur. Dabei herrschen Ungleichheit und Unfreiheit. Gleich und frei können Akteure demgegenüber nur bei zweidimensionaler Koordination sein:

- 1) In einer unabhängigen Regeldimension werden gültige Regeln der Gleichstellung und Freiheit festgelegt und ausgelegt. Hierbei agieren geschützte Regelakteure in spezifischen Prozessen, zum Beispiel Abgeordnete zur Entscheidung über ein Gesetz oder unabhängige Schiedsrichter zur Regelauslegung.
- 2) In der operativen Dimension handeln die operativen Akteure (Spieler) gleichgestellt und frei im Rahmen der festgelegten Regeln.

Weil dieses System Regelbindung voraussetzt, heißt es *Bound Governance*.¹ Konkret verwirklicht es sich zum einen als Recht mit ergebnisoffenen Verfahren, strikter Regelbindung, Allgemeinverbindlichkeit und allgemeinem Zugang. Dementsprechend lässt sich seine Funktionsweise auch als Logik des Rechts bezeichnen.² Es gibt aber auch Bound Governance-Systeme mit sachlichen, sozialen und räumlichen Beschränkungen sowie weichen Beteiligungs- und Regelformen bis hin zur völligen Freiwilligkeit, so Spiel und Sport. Prekär ist schließlich die Frage, wieweit Bound Governance (als *Bound Economy*) ökonomische Systeme dominiert.³

¹ Volker von Prittwitz 2007: *Vergleichende Politikanalyse*, UTB 2871, S. 226-37; ders.: *Bound Governance* (Verfahren), 03.12.2012: http://www.volkervonprittwitz.de/bound_governance_031212.pdf; Angeregt wurde das Konzept vor allem durch Niklas Luhmanns Buch (1969) *Legitimation durch Verfahren*, Frankfurt am Main: Suhrkamp und Johan Huizingas (1938): *Homo ludens* - https://de.wikipedia.org/wiki/Homo_ludens

² Gerade der Rechtsbezug des Verfahrens-Konzepts steht im Mittelpunkt von Luhmanns: *Legitimation durch Verfahren*. Zur Abgrenzung der Logik des Rechts von anderen Interaktionslogiken siehe: Volker von Prittwitz: Politik-Logiken im Ukraine-Konflikt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APUZ 47-48, 11.11.2014):

<http://www.bpb.de/apuz/194822/politik-logiken-im-ukraine-konflikt>; ders.: *Theorie-Grundlagen* (2016): http://www.diberlin.info/index_htm_files/PA%205%20Theoretische%20Grundlagen%20Politikanalyse.pdf

³ Eine Skizze: http://userpage.fu-berlin.de/~vvp/programmteil_bound_economy.htm

Die Regel- und die operative Dimension von Bound Governance sind in den jeweiligen Anwendungsbereichen aufeinander substantiell abgestimmt - so braucht ein Gerichtsprozess andere spezifische Regeln als ein Fußballspiel. Die allgemeinen Prinzipien von Bound Governance gelten aber in jeder Anwendungsweise und in jedem Einzelfall. Insofern bildet Bound Governance einen allgemeinen Governance-Typ.

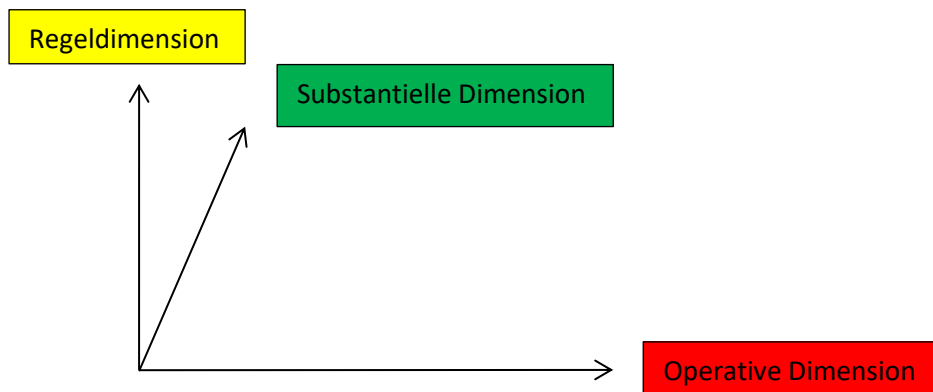
Bound Governance kann nur funktionieren, wenn die Regel-Dimension wie die operative Dimension geschützt sind und damit Akteure in diesen Dimensionen jeweils eigenständig operieren können. Regelakteure dürfen daher keine Macht über den Ausgang operativer Prozesse haben; umgekehrt dürfen nicht einzelne operative Akteure sie betreffende Regeln und Regelauslegung bestimmen oder manipulieren. Werden diese Anforderungen nicht erfüllt, so bei Bestechung (Operative Akteure *kaufen* Regelakteure) oder bei Wettbetrug (Abläufe werden über gekaufte Regel- und/oder operative Akteure manipuliert), entsteht eine eindimensionale Machtstruktur und Bound Governance bricht zusammen. Daher sind effektive Fairness-Normen, Transparenz, durch die Betrug erkennbar wird, und energisches Handeln zum Schutz der jeweiligen Regeln notwendig dafür, dass Bound Governance funktioniert.

Zwar gibt es viele tradierte Bound-Governance-Systeme, beispielsweise alte Spiele wie Schach; anders als religiöse Glaubensinhalte sind Bound-Governance-Systeme aber nicht absolut unveränderlich; die prinzipielle Trennung von Regeldimension und operativer Dimension erlaubt es vielmehr grundsätzlich, solche Systeme in eigenen Regelprozessen zu gestalten und zu verändern.

Dies impliziert die Einsicht, dass jede Regelungsform optimiert und dementsprechend offen verändert werden kann und, insbesondere wenn sich Regelfehler oder schwerwiegende negative Auswirkungen zeigen, auch verändert werden sollte. Insofern ermöglicht und fördert Bound Governance substantielle Governance-Diskussion und inhaltlich gestaltende Politik - eine politische Korrektur- und Gestaltungsperspektive, die über die Tradition aufklärerischen Denkens, etwa Kants normativer Überlegungen zur Freiheit als bewusster Selbstbindung, hinausreicht und Konzepte des modernen Wohlfahrts- und Orientierungsstaats, etwa nachhaltiger Entwicklung, aufnimmt.

Bound Governance operiert also mehrdimensional mit operativer Dimension, Regeldimension und substantieller Dimension.

Abbildung 1: *Dimensionen von Bound Governance (Logik des Rechts)*



Funktioniert Bound Governance, so übt sie vielfältige positive Funktionen aus:

- Die Beteiligten agieren gleichgestellt und frei - die Verwirklichung einer Kombination fundamentaler Werte der Moderne.
- Bound Governance fördert friedliches Verhalten.
- In Bound Governance-Systemen hat die besten Erfolgchancen nicht, wer die größte Regelmacht besitzt, sondern wer - allein oder in der Gruppe - innerhalb der geltenden Regeln besonders klug, geschickt und damit leistungsfähig handelt. Dies motiviert alle Beteiligten dazu, ihre Leistung und ihre Leistungsfähigkeit höchstmöglich zu steigern.
- Da sich die Beteiligten wechselseitig anregen, kommt es regulär zu leistungsorientierter Innovation und einem Anstieg der allgemeinen Wohlfahrt; Bound Governance ist also wohlfahrtsförderlich.

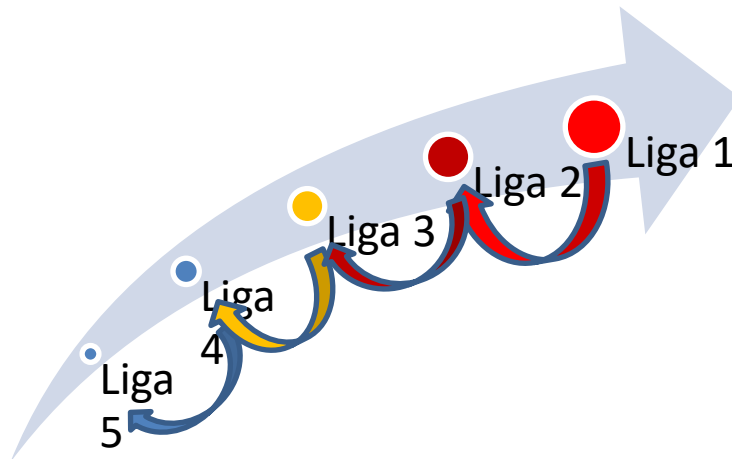
Besonders anschaulich werden die Anforderungen und Leistungspotentiale von Bound Governance anhand gemeinschaftlicher Spiele, beispielsweise Schach, Fußball oder Tennis:

- Jedes Spiel setzt den Beschluss der Beteiligten zu spielen und damit ihren Willen voraus, bestimmte - alle Spieler gleichstellende - Spielregeln zu akzeptieren. Damit bilden die Beteiligten eine Spiel-Gemeinschaft, die

daran interessiert ist zu spielen und die Spielregeln konsequent umzusetzen.

- Gemeinschaftliches Spiel steht freiem, unter Umständen scharf konflikthaftem Spiel nicht entgegen: Spiele, in denen nur eine Seite auf Kosten der anderen gewinnen kann (Nullsummen-Spiele), machen für viele Menschen sogar den besonderen Reiz gemeinschaftlichen Spielens aus.
- Die durch Gruppenbeschluss festgelegte Spielsphäre und damit alle ihre Beteiligten sind allerdings institutionell geschützt. Dadurch kann das Spielen zum friedlichen gemeinschaftlichen Erlebnis mit Anregungen, Spannung und Freude für alle Beteiligte werden - Grund für seine enorme Attraktivität. Auch operative Nullsummen-Spiele produzieren, wenn sie als idealtypisches Spiel durchgeführt werden, Nutzen für alle Beteiligte, haben also Positivsummen-Charakter - ein fundamentaler Unterschied zu eindimensionalen Strukturen und Prozessen, so vor allem Krieg, durch sich die Situation vieler, oft aller Beteiligter enorm verschlechtert.
- Jedes Spiel hat - bei Achtung der grundlegenden Anforderungen von Gleichstellung und operativer Freiheit - substantiell spezifische Spielregeln.
- Zwar verhindert die institutionelle Gleichstellung der Spieler/innen nicht grundsätzlich, dass Akteure mit ungleichen Kapazitäten aufeinander treffen und damit regulär ungleiche Spielresultate entstehen. Im Unterschied zu eindimensionaler Macht sind schwächere Akteure in Bound-Governance-Systemen aber nicht ohne jede Erfolgchance; dabei treibt sie die Hoffnung auf den außergewöhnlichen Erfolg sogar besonders an. Vor allem aber kann Bound Governance leistungsdifferenziert ausgestaltet werden, so über Ligen-Systeme mit freiem Auf- und Abstieg. Damit werden zwei Anforderungen kombiniert: die grundsätzliche Gleichstellung aller Beteiligter und die Eröffnung einer realen Chance, auch unter Akteuren mit ungleichen Kapazitäten Erfolg haben zu können - siehe die folgende Abbildung 2.

Abbildung 2: Bound Governance-System mit freiem Auf- und Abstieg



Bound Governance-Prinzipien können schließlich auch in weiteren Formen angewandt werden, so in wirtschaftlichem oder wissenschaftlichem Wettbewerb. Mono- und oligopolistische Marktformen, in denen einzelne operative Akteure Marktregeln bestimmen, widersprechen dabei Bound Governance. Prekär erscheinen nach Bound Governance-Kriterien auch Formen von *Selbstverwaltung*, in denen Netzwerke aus operativen Akteuren und Regel-Akteuren direktive Macht ausüben - insbesondere, wenn solche Netzwerke direktiv mit öffentlichen Ressourcen, so Steuergelder, wirtschaften. Denn solche Netzwerke tendieren (als instrumentell rationale Akteure) dazu, ihre Einnahmen aus öffentlichen Geldern zu maximieren, externe Leistungs- und Effizienzkontrolle aber zu minimieren - ein Grundmuster ineffizienter bis kontraproduktiver Governance.

Werden Regelakteure, zum Beispiel Nationalstaaten, von operativen Akteuren, etwa Großunternehmen, gegeneinander ausgespielt, so stellt dies Bound Governance auf den Kopf - siehe etwa die Steuerflucht multinationaler Großunternehmen sowie Schiedsgerichte, die über staatliches Regelverhalten entscheiden können (TTIP/abgeschwächt CETA). Die Vorstellung, Märkte und Netzwerke könnten sich zum Wohl der Allgemeinheit selbst regulieren, erweist sich damit als wirklichkeitsfern, ja sogar kontraproduktiv; denn ohne eine eigenständige Regelebene entstehen eindimensionale Machtstrukturen - genau das Gegenteil allgemeinwohlförderlicher Governance.

Um fairen Wettbewerb zu schaffen und zu erhalten, müssen demgegenüber a) strikte Regeln der Gleichstellung und operativen Freiheit (im Rahmen der Regeln) gelten, b) die operative Sphäre und die Regel-Sphäre strikt voneinander

getrennt werden. Allgemeinpolitisch entspricht dem ein lobbyunabhängiger Staat mit unabhängiger Justiz.

Bound Governance kann allerdings nicht alle Herausforderungen der Moderne bewältigen. So müssen zu große Kapazitätsunterschiede und Folgen von Regelfehlern ausgeglichen oder zumindest essentiell verringert werden - Herausforderung für Sozial-, Wirtschafts-, Umwelt- und Integrationspolitiken. Governance umfasst daher auch andere Governance-Formen - Gegenstand der systematisch vergleichenden Governance-Theorie.⁴

2. Bürger - Bürgerschaft - Citizenship

Das Wort *Bürger* leitet sich etymologisch vom althochdeutschen *burga* (Schutz/befestigter Wohnsitz), im Englischen *borough* (und speziell im Schottischen *burgh*) ab, die eine Stadt mit Stadtrechten, also eine freie Stadt bezeichnen.⁵ Ein Bürger war ursprünglich also der Bewohner/die Bewohnerin einer freien Stadt mit besonderen Stadtrechten.

Ideengeschichtlich wird das Bürger-Konzept dagegen auf den altgriechischen Stadtstaat, insbesondere das Athen des 4. Jahrhunderts vor Christus, zurückgeführt. So ist der Bürger (griechisch: *polites* = *der zur Stadt (polis) Gehörende*) nach Aristoteles' Definition durch seine *Teilhabe am Richten und an der Herrschaft* bestimmt.⁶ Idealtypisch zeichnete sich der altgriechische Stadtstaat aus durch: a) die Freiheit jedes Bürgers, insbesondere der Schutz davor, versklavt zu werden, b) die grundsätzliche Gleichstellung aller Bürger, c) das Recht gleichgestellter Mitbestimmung in der Polis, insbesondere das Recht, sich gleichgestellt an Wahlen zu öffentlichen Ämtern beteiligen und sich zur Wahl stellen zu können, d) die Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen, damit eine enge Verknüpfung von Privatem und öffentlichem Leben.

⁴ Die bisherige Governance-Diskussion oszilliert zwischen bereichsspezifischen Beschreibungen einzelner Formen ohne übergreifende Ordnung, der Verallgemeinerung einzelner eklektischer Prinzipien, zum Beispiel des Verhandeln, überabstrakten Typologien, die für Politik nicht fruchtbar gemacht werden können, und pragmatischen Grundsätzen guter Koordination (Good Governance) ohne ausgewiesene theoretische Verortung - siehe zur Breite des Verwendungsspektrums unter anderem

<https://de.wikipedia.org/wiki/Governance>, https://de.wikipedia.org/wiki/Gute_Regierungsf%C3%BChrung;
Tanja Börzel 2006: Was ist Governance? http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/europa/team/boerzel/Was_ist_Governance.pdf

Demgegenüber habe ich versucht, eine strukturiert vergleichende Governance-Typologie zu entwickeln - siehe Volker von Prittwitz 2016: http://diberlin.info/index_htm_files/Governancetypologie.pdf

⁵ Bürger - Wikipedia-Stichwort: <https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrger>

⁶ Aristoteles Politik III, 1275a22ff.

Praktisch war die altgriechische Bürgerschaft allerdings exklusiv strukturiert, nämlich als kleine Minderheit der Gesamtbevölkerung gegenüber Sklaven, Fremdarbeitern, und Frauen. Ökonomisch basierte die altgriechische *Demokratie* auf dem Sklaven-Status eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung. Auch spätere Formen von Bürgerschaft, so die römische *civitas* (der *cives*) sowie spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Stadtbürgerschaften, waren trotz Instrumenten gemeinsamer Beratung doch ungleich nach Prinzipien der ständischen Gesellschaft aufgebaut. Und selbst die Pariser Bürgerregierung der Französischen Revolution von 1789 schloss Frauen praktisch von der Beteiligung an der Herrschaft aus, ja verfolgte sogar engagierte Frauen.⁷

Eine kritische Haltung zum Bürger-Begriff ist bis heute allerdings vor allem durch Karl Marx' Arbeiten im 19. Jahrhundert und ihm folgende marxistische Terminologien vermittelt. Dabei wird der Bürger nicht mehr als Citoyen im Sinne politischer Mitverantwortung, sondern als Träger spezifischer ökonomischer Interessen, als Bourgeois, verstanden, der die Arbeiterklasse ausbeutet und dem revolutionären Fortschritt entgegensteht. Institutionelle Differenzierung, also unabhängiges Recht, gibt es in dieser Sicht nicht; vielmehr ist *das herrschende Recht das Recht der Herrschenden* - eine Rückkehr zu eindimensionalem Machtdenken.⁸ Dementsprechend propagierten bereits Marx und Engels diktatorische Herrschaftskonzepte (Diktatur des Proletariats, Kommunistisches Manifest), und später entwickelten sich marxistisch inspirierte totalitäre Herrschaftsformen (Marxismus-Leninismus, Stalinismus, Maoismus, Pol-Pot Regime u.a.).

Das politisch sensitive Bürger-Konzept des verantwortlichen Polites (Citoyen/Citizen) wird seit jeher aber auch und vor allem ausgehend von machtorientiert-asymmetrischen (konservativen beziehungsweise politisch rechts einordenbaren) Positionen attackiert. Denn Bürger in diesem Sinne waren und sind selbstbewusst und kritisch gegenüber eindimensionaler Macht, etwa Elitenkonzepten und Konzepten absoluter Macht - seien sie militärisch,

⁷ Siehe den Fall von Olympe de Gouges: <http://diberlin.info/greats%201.htm> (Greats 1, 2. Abbildung)

⁸ Ein oft zitierter Ausspruch, der allerdings nur sinngemäß bei Marx nachgewiesen werden kann: *Die gesetzgebende Gewalt macht das Gesetz nicht, sie entdeckt und formuliert es nur* (K. Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, MEW 1, 260) oder: *Sowohl die politische wie die zivile Gesetzgebung proklamieren, protokollieren nur das Wollen der ökonomischen Verhältnisse*. K. Marx, Elend der Philosophie, MEW 4, 109.

religiös, politisch-ideologisch, verwaltungslogisch-technisch und/oder ökonomisch legitimiert.

Was Bürgerschaft (Citizenship) heute bedeutet und bedeuten kann, lässt sich mit Hilfe des Bound Governance-Konzepts umreißen:

1. Bürgerschaft bezieht sich traditionell auf einen bestimmten Raum. Dies war historisch zunächst eine Stadt; mit dem Konzept der Staatsbürgerschaft hat sich dieser Raum aber auf größere Territorien erweitert; und potentiell ist Bürgerschaft auch bezogen auf die ganze Erde denkbar (Earth Citizenship).
2. Bürger sind gemeinsam Mitglieder einer koordinierenden Einheit, der Bürgerschaft (Citizenship), die Regeln setzt, zumindest aber gemeinsam Regeln interpretiert. Als solche fühlen sie sich mitverantwortlich für das Ganze.
3. Bürger sind in doppelten Sinne gleichgestellt und frei: a) als Mitglieder der koordinierenden Bürgerschaft, b) als operative Akteure, die die gesetzten Regeln einhalten.
4. Bürger verhalten sich - als regelgebunden und mitverantwortlich für das Ganze - prinzipiell friedlich.
5. Bürger sind prinzipiell offen, bereit und fähig, gegebene Rechte und Freiheiten zu nutzen.

3. Bürgerschaft (Citizenship) und zivile Moderne - Evolution oder Devolution?

Folgen wir Norbert Elias' Zivilisationstheorie, die auf Materialien zur Gesellschafts-Entwicklung in Westeuropa von ca. 800 bis 1900 nach Christus fußt, so hat sich Zivilisation vor allem über einen langfristigen Wandel der Persönlichkeitsstrukturen entwickelt. Demnach sind Scham- und Peinlichkeitsschwellen tendenziell vorgerückt; die Menschen haben besser gelernt, Vorgänge innerhalb anderer Menschen zu verstehen (Psychologisierung) und die Folgen der eigenen Handlungen über immer mehr Glieder der Kausalketten abzusehen (Rationalisierung). Die allgemeine Gewaltbereitschaft ist tendenziell gesunken; Sexualität wurde nach und nach

stärker kontrolliert; Ess- und Trinkformen wurden tendenziell feiner; Ausscheidungsfunktionen wurden zunehmend tabuisiert und dem Blick anderer Menschen entzogen. Wichtigste Grundlage dieser Prozesse war das Wachstum gegenseitiger Abhängigkeiten (Interdependenzketten) und deren Internalisierung als alltägliche Handlungsanforderung größerer Zurückhaltung.⁹

So instruktiv die durch Norbert Elias gelieferten Einsichten auch für das Verständnis zunehmender Regelbildung sind - sie können die Entwicklung zunehmender Freiheiten in der zivilen Moderne nicht erklären. Allem Anschein nach überfordert diese Frage auch den seit Jahrzehnten geführten Diskurs um Elias' Zivilisationstheorie.¹⁰ Demgegenüber liefert Johan Huizingas Buch *Homo ludens* eine Fundamental-These zur kulturellen Bedeutung von Freiheiten und Regeln: Ihm zufolge haben sich kulturelle Systeme wie Politik, Wissenschaft, Religion und Recht ursprünglich aus spielerischen Verhaltensweisen entwickelt und über Ritualisierungen im Laufe der Zeit institutionell verfestigt:

*Aus Spiel wird »heiliger Ernst«, denn wenn sich Regeln erst richtig »eingespielt« haben, lassen sie sich nicht mehr ohne weiteres ändern und beginnen ihrerseits Zwangscharakter anzunehmen.*¹¹

Kombinieren wir die durch Norbert Elias und Johan Huizinga gelieferten fundamentalen Erklärungen von Zivilisationsbildung miteinander, **so verlangt Zivilisierung beides, a) zunehmende Bindung an gemeinsam akzeptable Regeln und b) zunehmende (spielerische) Freiheiten innerhalb und aufgrund dieser gemeinsamen Bindungen.** Sich verfestigende psychische und soziogenetische Bindungen einerseits und operative Freiheiten andererseits bilden also den Kern ziviler Moderne. Dieser schlägt sich räumlich verdichtet in vorherrschenden Einstellungen und praktischen Formen von Citizenship nieder.

Es ist eklatant, dass diese Feststellungen mit den skizzierten Anforderungen von Bound Governance korrespondieren. Wir können die Entwicklung der zivilen Moderne also auch einfach als Entwicklungs- und Durchsetzungsprozess mehrdimensionaler Governance, sprich Bound Governance, auffassen.

⁹ Norbert Elias: Über den Prozess der Zivilisation; Text formuliert in Anlehnung an: https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cber_den_Proze%C3%9F_der_Zivilisation (Erste Absätze)

¹⁰ Problemsensitiv, aber dennoch wenig ergiebig in diesem Sinne zum Beispiel: <http://soziologieblog.hypothesen.org/4929>

¹¹ Ulrich Prill: *Mir ward alles Spiel*. Königshausen & Neumann, Würzburg 2002, S. 14

Hierbei lässt sich Norbert Elias' Theorie, wachsende Abhängigkeitsketten würden zunehmend internalisiert, gut mit historischen und aktuellen Fakten vereinbaren, so einer enorm gewachsenen technisch-wirtschaftlichen und soziokulturellen Vernetzung bis hin zu Globalisierungsprozessen. Man könnte diesen Prozess auch als zunehmende Vergesellschaftung im weitesten Sinne bezeichnen.

Gleichstellung und Freiheit auch für Andersdenkende und Anderslebende können sich prinzipiell bei internalisierter Vernetzung eher entwickeln als ohne diese; denn Menschen oder Gruppen, mit denen man kaum Beziehungen hat, werden eher als fremd, bedrohlich und möglicherweise feindlich wahrgenommen. Vorherrschende Freund-Feind-Muster aber schließen institutionalisierte Gleichstellung und gemeinsame Freiheiten strikt aus - weshalb das Meckpomm-Phänomen von Fremdenangst ohne Fremde kein Paradox ist.

Wachsende Vernetzung alleine sichert allerdings noch keinen gegenseitigen Respekt. Hierzu müssen vielmehr entsprechende kognitive und politische Prozesse stattfinden und stabil bleiben - seit jeher eine prekäre Herausforderung. So ging die erste hochentwickelte Zivilisation der Menschheit (im Zweistromland von Euphrat und Tigris) im ersten Jahrtausend vor Christus angesichts militärischer Bedrohungen und religiöser Konkurrenz nieder. Die Athenische Demokratie hielt sich (im 4. Jahrhundert vor Christus) noch nicht einmal einhundert Jahre lang und auch das Römische Reich wurde von Kulturen überrollt, die in vieler Hinsicht weniger hoch entwickelt waren.

Erst mit der Renaissance, der Aufklärung und schließlich der zivilen Moderne konnten Bound Governance-Prinzipien und Formen von Citizenship wieder Fuß fassen und teilweise dominant werden. Der Durchbruch der technischen, ökonomischen und organisatorischen Moderne im 20. Jahrhundert schließlich verlief als Desaster: Anstelle wachsender Zivilisierung und gemeinsamer Citizenship entwickelte sich bornierter nationalistischer Chauvinismus in Europa, woraus der Erste Weltkrieg entstand. Danach stieg der - bereits früher latent vorhandene - Rassismus zusammen mit nationalistischen Machtphantasien zum beherrschenden Politikmuster auf - mit der Folge eines Jahrtausend-Verbrechens, der Shoa, und dem zweiten Weltkrieg. Und selbst nach dem Zweiten Weltkrieg dominierten Jahrzehnte lang nicht Zivilität und

gemeinsame Citizenship, sondern eine Ost-West-Konfrontation und totalitäre Denk- und Organisationsweisen beherrschten in vielen Ländern der Erde die politische Szene.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, vor allem seit dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989, haben Bound Governance-Prinzipien zwar stark an Bedeutung gewonnen - woraus sich in vieler Hinsicht fundamentale Verbesserungen ergaben, so anhaltender Frieden, starke Wohlfahrtsgewinne und ein enormer Zuwachs an Freiheiten in Europa und anderen Regionen (so Teilen Asiens und Lateinamerikas). Und auch heute bildet die zivile Moderne eine grundlegende Perspektive dafür, Frieden, Wohlfahrt und nachhaltige Existenz des Erdemensch-Systems zu erhalten.

Inzwischen erleben wir aber massive Gegentrends unter verschiedenen Gesichtspunkten: Mit der Bildung politischer Religionen und ihrem Aufstieg seit Khomeinis Machtantritt 1979, insbesondere dem weltweiten Einflusswachstum der wahhabitischen Öl-Großmacht Saudi-Arabien, haben antimoderne Gesellschafts- und Politikkonzepte politischer Religion einen beträchtlichen globalen Aufschwung erfahren. Terroristische Militanz und ihr zumindest formal entsprechende Formen eines War on Terror pushen die Interaktionslogik des (asymmetrischen) Krieges. Dazu kommen immer massivere Devolutionsprozesse von Zivilität und Demokratie in einer Reihe von Ländern, insbesondere in Russland, Mittel-Osteuropa, der Türkei und Teilen der US-amerikanischen Gesellschaft und Politik - Prozesse, unter denen nicht nur Opfer aktueller Kriege (als Flüchtlinge), sondern zunehmend, so etwa in der Türkei, auch bislang akzeptierte Staatsbürger zu leiden haben.

Angesichts dessen ist die zivile Moderne, sind Bound Governance-Systeme und Formen von Citizenship massiv herausgefordert: Ob es gelingt, errungene Formen eines friedlichen, relativ freien Miteinanders zu sichern, ist zunehmend fraglich. Selbst in Ländern mit dem Anspruch etablierter Demokratie kommen antizivile und antidemokratische Politikverständnisse auf. Bound Governance und Citizenship sind Konzepte, die in der Auseinandersetzung mit solchen Konzepten Bedeutung erlangen können.

4. Citizenship - eine westliche Errungenschaft?

Die Auffassung, Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und wechselseitiger Verantwortlichkeit stellten eine ausschließlich westliche Errungenschaft dar, ist weit verbreitet. So tun autokratische Machthaber häufig Anforderungen von Gleichstellung und Freiheit als westliches Gedankengut ab - ein gängiges Muster, Kritiker/innen im Inneren mundtot zu machen. Und auch marxistisches Denken hat, etwa vermittelt durch das von Marx entwickelte und von Wittfogel ausgearbeitete Konzept der Asiatischen Despotie, den Eindruck erweckt, moderne Gleichstellung und Freiheitskonzepte widersprüchen strukturellen Spezifika östlicher und südlicher Regionen, insbesondere der Sozialgeschichte kanalgebundener Kulturen (wie Ägypten).¹²

Diese Auffassung erweist sich bei näherer Prüfung als nicht haltbar. So wurden viele wissenschaftliche Leistungen und Kulturformen des alten Griechenland nachweislich durch frühere Entwicklungen im Zweistromland, insbesondere Babylonien, beeinflusst.¹³ Warum sollten dann gerade politische Strukturen von diesem kulturellen Einfluss ausgenommen gewesen sein? Wie wir aus vielen Quellen, darunter der Bibel, wissen, war das alte Babylon durch hochgradige soziale Verdichtung, Vielsprachigkeit und kulturelle Vielfalt charakterisiert. Demzufolge dürften dort, in einer Abfolge von Kulturen, die sich über Jahrtausende hinweg entwickelten und herrschend waren, auch Governanceformen existiert haben, die dieser Vielfalt und hochgradigen Verdichtung entsprachen.

Frühe Gesellschafts- und Herrschaftsvorstellungen im Sinne von Ausgleich, Gegenseitigkeit und Verantwortlichkeit finden sich auch im alten China (seit ca. 500 vor Christi Geburt). Hier waren neben dem - ursprünglich in Nordindien entwickelten Buddhismus - vor allem (T)Daoismus und Konfuzianismus bedeutsam, ergänzt durch Mohismus und Legalismus:

¹² Zum Überblick der These siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Orientalische_Despotie
http://www.johanneum.eu/seite/171345/wittfogel,_orientalische_despotie.html

¹³ Zum Überblick: <https://de.wikipedia.org/wiki/Mesopotamien>; eine Fülle spezifischer Einsichten enthält der Text von Johannes Renger: Zur Frage von Ex Oriente Lux...http://www.steiner-verlag.de/uploads/tx_cronavtitel/datei-datei/9783515091480_p.pdf

- Der Daoismus, der als besonders authentisch für China gilt, weist in seiner über zweitausend Jahre langen Geschichte zwar unterschiedliche philosophische und religiöse Strömungen auf; grundlegend für ihn ist dabei aber die Wahrnehmung sich entsprechender Gegensätze und die Anforderung der Verhaltensmäßigung - eine Sicht, die in deutlichem Kontrast zu Vorstellungen absoluter Macht stand und steht.¹⁴
- Der Konfuzianismus (bedeutsam seit der Han-Dynastie seit dem 1. Jahrhundert vor Christus) zeichnet sich zwar durch ausgeprägte Obrigkeitsorientierung (Untertanentreue, Verehrung der Eltern und Ahnen, Wahrung von Anstand und Sitte) aus; er bindet diese Anforderungen allerdings in ein System von fünf Kardinaltugenden ein (Menschlichkeit/Nächstenliebe, Gerechtigkeit/Rechtschaffenheit, Rituellem Anstand/Sittlichkeit, Weisheit, Aufrichtigkeit/Verlässlichkeit).¹⁵
- Der Mohismus stellt noch stärker als der Konfuzianismus ethische Anforderungen eines durch Respekt und Liebe geprägten Miteinanders in den Mittelpunkt.¹⁶
- Der Legalismus vertritt eine durch positive und negative Anreize geprägte Sicht des Regierens.¹⁷

Ausgleich und moderates Handeln - wichtige Grundlagen von Bürgerschaft (Citizenship) und Demokratie - stellen sich daher auch als Jahrtausende altes gedankliches Erbe Chinas und der durch China beeinflussten Regionen dar.

Ausgehend von der Falsifikation der These, Demokratie und Citizenship seien lediglich ein westliches Erbe, sollten Kulturen grundsätzlich auf eigenständige Potentiale von Gegenseitigkeit, politisch-administrativer Beteiligung und Mäßigung geprüft werden. Dies beginnt mit indigenen Kulturen etwa in Afrika, Amerika und Australien, und gilt selbst für kulturelle Formationen (wie die Azteken), die auf uns - teilweise durch ausschließliche Berichte spanischer Eroberer - lediglich als martialisch und extrem patriarchalisch-autokratisch überkommen sind. Schließlich wäre der Diskurs über asiatische Despotie unter

¹⁴ <https://taiji-forum.de/glossar/daoismus/> - 10.10.2016

¹⁵ Zum Überblick: <https://de.wikipedia.org/wiki/Konfuzianismus>

¹⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Mozi>

¹⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/Legalismus>

dem Gesichtspunkt fehlender oder aber doch gegebener Voraussetzungen für Citizenship neu zu beleben.

Auch in der aktuellen Diskussion lohnt es sich der These nachzugehen: Menschliches Zusammenleben ist prinzipiell nur mit Elementen von Zivilität und Citizenship möglich. Umso mehr brauchen wir sie in unserer komplexen Welt des 21. Jahrhunderts.
